



Worteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Rthl., außerhalb incl. Porto 2 Rthl. 18 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

Berlin, 16. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Großherzoglich Luxemburgischen General-Director, Freiherrn v. Blochhausen zu Schloß Wittlingen den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Baron de la Villastreux zu Paris den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Rentmeister und Steuer-Controleur Hohl zu Meisenheim den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Arzt Dr. Louis Appia zu Genf den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Beigeordneten Eller zu Bonn und dem Garnison-Vieranten Andreas Finé zu Saarlouis der königl. Kronen-Orden vierter Klasse sowie dem Förster Brandt zu Böbern im Kreise Brier und den Polizei-Wachtmeistern Schäfer und Saalsfeld zu Frankfurt a. M. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Die beiden Geheimen Regierungs- und vortragenden Räte im Ministerium des Innern Wulfschein und von Kehler zu Geheimen Ober-Regierungsräthen, den Geheimen Regierungs-Rath Wohlers zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern, den seitherigen Regierungs-Rath Ritter hier selbst zum Geheimen Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes dritter Klasse und den Dompfarrer Probst Kopp in Minden zum Ehren-Domherrn bei der Kathedrale in Paderborn ernannt. Den Regierungs- und Medizinal-Rathen Dr. Koch in Merseburg und Dr. Schaper in Coblenz den Charakter als Geheimer Medizinal-Rath beigelegt. Den bisherigen Landrath des Kreises Meserich, v. Flottwell, zum Landes-Director der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, sowie den seitherigen Kreis-Physikus Dr. Dedek in Aachen zum Regierungs- und Medizinal-Rath ernannt.

[Gesetz, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Gms und Homburg. Vom 5. März 1868.] Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: § 1. Die öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Gms und Homburg werden spätestens am 31. December 1872 geschlossen. Eine frühere Schließung kann durch königliche Verordnung, entweder allgemein oder nur in Beziehung auf einzelne der gedachten Spielbanken ausgesprochen werden. Bis dahin ist jedenfalls das Spiel an allen Sonn- und Feiertagen verboten. § 2. Mit dem Tage der Schließung treten für die betreffende Spielbank die Bestimmungen des Art. V. der Verordnung, betreffend das Strafrecht etc. in den mit der Monarchie vereinigten Landestheilen, vom 25. Juni 1867 (Gesetz-Samm. S. 921 ff.) außer Anwendung, und die §§ 266, 267 und 340 Nr. 11 des Strafgesetzbuches in Kraft. § 3. Mit dem Tage der Schließung verlieren die betreffenden Spielpacht-Verträge und Concessionen ihre Gültigkeit, eine Entschädigung wegen des entgehenden Gewinnes aus dem Hazardspiel-Betriebe findet nicht statt. Urkundlich unter Unserer Höchstehendenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel. Gegeben Berlin, den 5. März 1868. (L. S.) Wilhelm. Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frhr. v. d. Heydt. Gr. v. Zdenk. v. Müller. v. Selchow. Gr. v. Culenburg. Leonhardt.

[Allerhöchster Erlaß] vom 11. März 1868, betreffend die Ausgabe verzinlicher Schatzanweisungen zum Betrage von 13 Millionen Thaler. Auf Ihren Bericht vom 5. d. M. genehmige Ich, daß in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. Februar d. J., betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Stats für das Jahr 1868 (Gesetz-Samm. S. 93), und des Gesetzes vom 3. März d. J., betreffend die Verfertigung der Geldmittel zur Abhilfe des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes (Gesetz-Samm. S. 174), verzinliche Schatzanweisungen im Betrage von 13 Millionen Thaler, und zwar in Abschnitten von je 50 Thaler, 100 Thaler und 500 Thaler, nach Bedarf ausgegeben werden. Zugleich ermächtige Ich Sie, den Zinssatz dieser Schatzanweisungen und die Dauer ihrer Umlaufzeit, welche den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten darf, den Verhältnissen entsprechend, nach Ihrem Ermessen zu bestimmen und jedes Mal zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Ich überlasse Ihnen, die Hauptverwaltung der Staatsschulden hiernach mit näherer Anweisung zu versehen und diesen Meinen Erlaß durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen. Berlin, den 11. März 1868. Wilhelm. An den Finanzminister. Frhr. v. d. Heydt.

Berlin, 16. März. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des General-Majors v. Trescow und des Geheimen Cabinets-Raths v. Müller entgegen und empfingen den Feldmarschall Grafen Wrangel. [Ihre Majestät die Königin] war vorgestern in der 11. Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Allerhöchstdieselbe dem Gottesdienste in der St. Elisabethskirche bei und besuchte das Lazarus-Krankenhaus. — Das Familiendiner fand bei den königlichen Majestäten im Palais statt. Den Kammerherrndienst haben die königlichen Kammerherren Graf Schwerin und Graf Fürstenstein vom 15. bis 31. März übernommen.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] empfing am Sonnabend den Generalarzt Dr. v. Lauer, nahm militärische Meldungen entgegen und wohnte den Vorträgen in der Sing-Akademie und in der militärischen Gesellschaft bei. Gestern fuhr Se. königliche Hoheit zum Gottesdienste in die Garnisonkirche, besuchte die musikalischen Matineen in der Sing-Akademie und im Opernhaus und erschien zum Familien-Diner bei Ihren königlichen Majestäten. (St. A.)

[Deffentliche Vorladung.] Der „Staats-Anz.“ bringt folgende Vorladung: In der Untersuchungs-Sache wider den Hauptmann v. Düring und Genossen ist durch Beschluß des Anklage-Senates des königl. Kammer-Gerichtes vom 26. Februar 1868 der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten des früheren Königs Georg von Hannover, der Graf Adolph v. Platen-Hallermund, wegen Hochverraths in den Anklagestand versetzt und auf Grund der §§ 4 Nr. 2, 61 Nr. 3, 63, 64 und 66 des preussischen Strafgesetzbuches angeklagt worden: In den Jahren 1867—68 im Auslande als königlich preussischer Unterthan die Losreißung der königlich preussischen Provinz Hannover von dem Gebiete des preussischen Staates mit Anderen verabredet zu haben, ohne indeß schon zum Beginn von Handlungen gekommen zu sein, durch welche die beabsichtigte That unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte. Der genannte Graf v. Platen-Hallermund, welcher sich zur Zeit in Sieging bei Wien aufhalten soll, wird aufgefordert, bis spätestens am 27. Mai 1868, Vormittags 12 Uhr, vor dem ernannten Untersuchungsrichter, Hrn. Kammergerichts-Rath Steinhausen, im Gebäude des königlichen Kammergerichtes hier selbst, Lindenstraße Nr. 15, zu erscheinen und sich wegen der ihm zur Last gelegten That zu verantworten, widrigenfalls dieselbe für zugestanden angenommen und gegen ihn in der am 8. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, in demselben Gebäude beginnenden Hauptverhandlung, zu welcher eine neue Vorladung nicht stattfindet, weiter nach den Gesetzen verfahren werden wird. Berlin, den 2. März 1868. Königl. Kammer-Gericht. Der Urtheils-Senat für Staats-Verbrechen.

Kiel, 16. März. [Marine.] Nach den beim Ober-Commando der Marine eingegangenen Nachrichten ist Sr. Maj. Schiff „Medusa“ am 15. d. von Alexandria nach Malta abgegangen. Eine unter den Offizieren und Mannschaften Sr. Maj. Schiff „Hertha“, zur Zeit in Malta, veranstaltete Sammlung für die Hilfsbedürftigen in Dispreußen hat einen Ertrag von 120 Thalern ergeben, welcher dem unter dem Protectorat Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen stehenden Hilfsverein für Dispreußen überwiesen worden ist. Sr. Maj. Brigg „Musquito“ ist am 14. d. von Vigo nach Coruna in See gegangen.

Kassel, 16. März. [Das von dem Geheimrath Stieber geleitete polizeiliche Verfahren] gegen die Redactoren der „Hessischen Volkszeitung“ Trabert und Plaut betrifft die Ermittlung der Urheber der bekannten aufrührerischen Proklamationen. Plaut ist, wie bereits telegr. gemeldet, in Folge der vorliegenden Verdachtsgründe sofort dem Berliner Staatsgerichtshofe überwiesen worden. Trabert wurde vorläufig dem hiesigen Kreisgerichte vorgeführt, welches gestern auf Antrag der hiesigen Oberstaatsanwaltschaft die Verhaftung der Haft desselben beschlossen hat. Man erwartet auch die Abführung Traberts nach Berlin.

Kassel, 14. März. [Die Verhaftungen.] Die „Hess. Morgenzeitung“ schreibt bezüglich der Verhaftung der Herren Trabert und Plaut: „Allem Anscheine nach scheint man den Verdacht gehegt zu haben, daß die anonyme Flugschrift aus der Officin der „Volkszeitung“ hervorgegangen sei. Eine gestern unter Zuziehung dreier hiesiger Buchdruckereibesitzer an Ort und Stelle vorgenommene Verlesung der Typen jener Druckerei mit jenen des erwähnten Flugblattes hat jedoch ergeben, daß die zu dem Flugblatte verwendeten Schriften wesentlich verschieden sind von denen der Druckerei der „Volkszeitung“. Wenn sie aber auch ganz übereinstimmend befunden wären, so läge darin doch nicht der geringste Beweis für den Druck, denn völlig gleiche Schriften finden sich ja in den verschiedensten Geschäften.“

Frankfurt a. M., 16. März. [Die Untersuchung gegen den Advocaten Siegmund Müller.] Mitglied des Nationalvereins-Ausschusses, ist auf Grund des § 101 des Strafgesetzbuches eingeleitet. (Schmäbung von Anordnungen der Obrigkeit.)

Mainz, 13. März. [Die Zollparlamentswahl.] Der „R. Z.“ wird geschrieben: Ich habe hier alle Aufregung des Jahres 1848 mitgemacht. Allein auch in den wildesten Augenblicken konnte unser Stadtleben für eine sanfte Zopfle gelten, verglichen mit der stürmischen Bewegung der heutigen Wahlepoche. Wie das Ergebnis fallen wird, ist mit annähernder Wahrscheinlichkeit nicht vorauszusagen. Von beiden Seiten werden die fabelhaftesten Anstrengungen gemacht. Vier Wochen rastloser Arbeit in Rede und Schrift haben dem Candidaten der Fortschrittspartei, Herrn Ludwig Bamberger, hingereicht, um den Unfug eines albernem Radikalismus zu entwaschen und die ganze Intelligenz unserer Stadt und unseres Landes der deutschen Einheitspartei zu ergoern. Aber gerade diese unermüdliche Arbeitskraft und ihre Erfolge haben die Ueberreste des verrotteten Radikalismus, die Preußenfreier, die Dalwigkianer und last but not least die Jesuiten zu einem festen Knäuel zusammengetrieben. Es ist ein öffentliches Geheimniß in Mainz, daß die ganze und letzte Siegeshoffnung der „Demokratie“ auf der Mitwirkung der sie an Zahl dreifach übersteigenden Clericalen beruht. Auch haben diese bereits in einem offenen Rundschreiben den demokratischen Candidaten empfohlen. In den Dörfern geht der Pfarrer von Haus zu Haus und der Kreisrath instruiert die Bürgermeister, indem er Namens der Regierung die Erwartung ausdrückt, daß sie für den Demokraten Dumont und nicht für den „Juden“ Bamberger agiren werden. Wenn die Fortschrittspartei siegt, so verrichtet sie ein wahres Wunder.

Stuttgart, 16. März. [Die Tabaksteuer.] Der „Staats-Anzeiger“ demontirt die Nachricht badischer Blätter, daß das Borgehen Preußens in der Angelegenheit der Tabaksteuer durch die württembergische Regierung veranlaßt sei. — Die neue Gerichtsverfassung ist heute amtlich publicirt.

Oesterreich.

Wien, 16. März. [Sitzung der ungarischen Delegation.] Das Referat, wonach die Kosten für die Cabinetstanzlei nicht gemeinsam sein, sondern vor den ungarischen Landtag gehören sollen, weil die Duotenanwendung auf diesen Posten nicht mit der Würde des Landes und der Achtung vor dem Könige zu vereinigen sei, wurde angenommen. Die Arbeiten der Delegation sind jetzt bis auf die Ernennung von Runtien behufs Ausgleichung abweichender Beschlüsse beider Delegationen beendet. Die „Neue freie Presse“ meldet, daß der Justizminister demnächst einen Gesetzentwurf einbringen wird, durch welchen die Preszproceffe den Schwurgerichten überwiesen werden.

[In der heutigen Sitzung des Reichsrathes] erklärte der Minister des Innern, die Regierung habe keineswegs die Absicht, die Zusammengehörigkeit der durch die Geschichte gebildeten Ländergruppen zu verwischen; sie sei vielmehr auf die Erweiterung der Autonomie der einzelnen Länder und auf die Durchführung einer gewissen Decentralisation bedacht.

Frankreich.

* Paris, 13. März. [In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] trat, wie bereits gemeldet, Garnier-Pagès in die Berathung über den Gesetzentwurf in Betreff des Vereinsrechtes mit einer längeren Rede ein. Wir haben uns vorbehalten, unsere Mittheilungen aus letzterer noch zu vervollständigen und heben daher aus dem der „R. Z.“ darüber zugegangenen Berichte noch Folgendes aus: Nachdem Garnier-Pagès bei seiner Darstellung der Lage der Dinge in den Jahren 1847 und 1848 auch die moralische Lage in Betracht gezogen, äußerte er sich über dieselbe wörtlich dahin: „Was die moralische Lage anbelangt, so war sie, der Opposition zufolge, sehr traurig; denn man hatte die materiellen Interessen über die Massen erregt.“

Mathieu: Vereicht euch! Garnier-Pagès: Ja! Sie erinnern an diese unheilbringenden Worte, welche die Eigenthümlichkeit dieser Zeit geblieben sind: Vereicht euch! Was das Ausland anbelangt, so warf man der Regierung, gerade wie heute, die Fölschung Frankreichs vor; man warf ihr vor, keine Allianz zu haben, weder mit den Fürsten, noch mit den Völkern. Eine Stimme: Sie sind nicht in der Frage! Garnier-Pagès: Die Geschichte der Ereignisse von 1848 ist die Geschichte des Vereinsrechtes selbst. Zu seiner Zeit kamen bedauernde Dinge vor. Es fanden Veruntreuungen statt. Es wurde ein bedauerndes Verbrechen mit den öffentlichen Aemtern getrieben. Die Schrift des Herrn de Cubières erregte die öffentliche Meinung noch mehr. Er sagt: „Es ist unmöglich, zu handeln, denn die Regierung befindet sich in Händen von ... Ich will die Worte nicht aussprechen. Ein Minister, der arm in das Ministerium getreten, verließ dasselbe als reicher Mann. Sie haben weder den Proceß, noch die Verurtheilung vergessen. (Es war Leste, der mit bedeutenden Summen zu Gunsten finanzieller und industrieller Interessen erkaufte worden war.) Die Opposition hat um Reformen. Der Minister Duchatel antwortete mit herausfordernden Worten. Präsident Jerome David: Herr Garnier-Pagès! Sie suchen darzutun, daß zwischen der Lage von 1848 und der heutigen eine Aehnlichkeit besteht. Kommen Sie auf das Project zurück! Garnier-Pagès: Sie werden sofort sehen, daß man nicht logischer sein kann und daß ich auf die Frage zurückkomme. (Unterbrechung.) Haben Sie

zwei Minuten Geduld. Meine Absicht ist, zu beweisen, daß die Februar-Revolution nicht durch das Vereinsrecht hervorgerufen, sondern dadurch, daß, da man dieses Recht zurückgezogen hatte, man es zurückforderte. Ich bin vollständig in der Frage. Die Weigerung Duchatel's, auf irgend eine Reform einzugehen, rief die Banquette hervor. Ich habe das Recht, davon zu sprechen, denn Sie berühren diesen Gegenstand in Ihrem Berichte. Wenn eine Aehnlichkeit zwischen den beiden Epochen besteht, so ist es nicht meine Schuld. Herr Duchatel behauptete, daß dem Lande an dem Vereinsrechte nichts liege und es dasselbe nicht verlange. Man sagte dieses auch lebhft vom Preßgesetze. Die Opposition antwortete mit den Banquetten. Ein einziger fand in Paris Statt. Die, welche an den Banquetten in der Provinz Theil nahmen, gehörten zu den höchstbesteuerten, zu den angesehensten Leuten. Wenn die Regierung damals einige Concessionen gemacht hätte, so würde die Dynastie heute noch regieren. Hierin liegt die Frage; es handelt sich auch heute darum, ob Sie die Concessionen bewilligen wollen, welche wir von Ihnen verlangen. Die friedliche Agitation begann, und unglücklicher Weise lag der König auf den Kampfplatz herab. Er sagte in der Adresse jene unheilvollen Worte: „Zumitteln der Agitationen, welche feindliche und blinde Leidenschaften wachrufen, befehle ich mich und hält mich eine Ueberzeugung aufrecht: wir besitzen in unsrerer Institutionen die Mittel, alle Hindernisse zu überwinden und die materiellen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen.“

Diese Worte wurden von der Opposition aufgegriffen. Die der Dynastie ergebensten Männer drangen in den König, damit er sie zurücknehme. Herr Guizot, in den Herr v. Morny drang — er sagte ihm: Versprechen Sie uns zum wenigsten Reformen für die Zukunft — blieb unerbittlich. Vergleichen Sie die Schritte bei der Majorität. Herr Duchatel hatte in der Bairkammer das Vereinsrecht abgelehnet. Die Majorität weigerte sich, an dem Banquette, welches die Wähler des zwölften Arrondissements veranstaltet hatten, Theil zu nehmen. Aber die Opposition nahm an. Ihr Brief sagte: „Da das Vereinsrecht ohne vorbereitende Ermächtigung in Abrede gestellt wird, so sehen wir in Ihrem Banquette das Mittel, der Willkür gegenüber dieses verfassungsmäßige Recht aufrecht zu erhalten. Deshalb ist es für uns eine gebieterische Pflicht, uns dieser lokalen und friedlichen Kundgebung anzuschließen.“ Die Unterzeichner waren Odilon Barrot, Arago, Abbatucci (starb als kaiserlicher Justizminister), Baroche (heute Justiz-Minister), Beaumont, Cambacérés (auch heute zur Regierung gehörend), Drouyn de Lhuys (der Geminister und Senator), Larabit und Andere. Keiner von uns dachte daran, die Regierung zu stürzen. Die Regierung wurde in Kenntniß gesetzt, und man bestimmte den 22. Februar für den Tag des Banquettes. Aber lange vorher hatten wir unser Reformgesuch dem Könige zukommen lassen. Wir verlangten einige Tausend Wähler mehr. Der König hatte Vertrauen in seine Erfahrung. Ich citire in dieser Beziehung einen Brief, dessen Lob in meinem Munde nicht verdächtig sein kann.

Dieser Brief, welchen der Prinz von Joinville (wie heute der Prinz Napoleon) an seinen Bruder schrieb, drückt sein tiefes Bedauern über den bedauernden Widerstand des Königs aus, welchen seine Erfahrung und sein Muth bestimmten, der Gefahr zu drohen. Aber die Gefahr bestete; die Lage im Innern und im Aeußern sei eine schlechte, und man trete vor die Kammer in einer Stellung, die ihm (dem Prinzen Joinville) die größte Unruhe einflöße. Der Sohn des Königs war aber nicht allein über die Lage erschreckt. Der Marschall Gerard wollte den König zu Concessionen bewegen. Der König antwortete: „Sie kennen Paris und Frankreich nicht mehr.“ Der Marschall Sebastiani wollte ihn aufklären. Der König meinte: „Wahrhaftig, Marschall! Sie werden alt.“ de Montalivet, Nambuteau (er war Seine-Präsident) wurden ebenfalls nicht angehört, und als Duchatel einen letzten Versuch machte, erwiderte der König: „Sie werden über Ihre Befürchtungen bald erörtern; die Franzosen machen im Winter keine Revolutionen. Ich werde Carl X. nicht nachahmen. Ich werde mich nicht überraschen lassen. Ich werde mich verteidigen.“ (So sagt auch der jetzige Kaiser, wenn man ihn an das Schicksal Louis Philippe's erinnert.) Was that die Opposition, meine Herren? Sie that einen Schritt zurück. Sie wollte die Dinge nicht bis zum Aeußersten treiben und beschloß, nicht zum Banquet zu gehen. Was sagte der König: „Ich wußte es; ich hatte Recht, nicht nachzugeben!“

Aber die Ereignisse gingen ihren Lauf. Am 23. Februar berief der König Herrn Molé. Es war zu spät. Des Abends wollte der König ein anderes Ministerium bilden. Um 10 Uhr verweigerte er das neue Ministerium und die Auflösung der Kammer und am nächsten Tage um 12 Uhr dankte er ab. Dieses waren die unheilvollen Consequenzen seines Widerstandes. Ich frage Sie, wer trägt die Schuld der Revolution von 1848: des Vereinsrecht oder das Zurücknehmen desselben? Es liegt auf der Hand, daß die Revolution von 1848 ausbrach, weil der König nicht mit der Nation gehen wollte. Er widerstand und that, was keine Regierung thun darf, die den Wunsch hat, fortzubestehen: er wollte sich nicht nach der Nation richten.

Ein Mitglied: Aber dieses ist heute nicht der Fall. Garnier-Pagès: Wenn Sie dieses nicht thun werden, so beglückwünsche ich Sie. Geben Sie zur rechten Zeit nach. Eine Stimme: Man handelt anders und weiser; man giebt nicht nach! man giebt.

Garnier-Pagès: Desto besser. Lassen Sie die Freiheit in Ihren Gesetzen obwalten. Garnier-Pagès erinnert nun daran, wie Jedermann nach der Revolution dem König Unrecht gegeben: die Handelskammer, die Gerichte, der Advocatenstand, dessen Votonnier damals Baroche gewesen, die Marschälle, Generale, die Geistlichkeit, der Prinz Louis Napoleon, die Legation, die Departements etc. Garnier-Pagès kommt dann auf 1852 und meint: 1851 hatte das Staatsoberhaupt zwei Beispiele vor sich: Washington und den General Bonaparte. Es lag vor, den Weg des letzteren zu gehen. Im gegenwärtigen Augenblick kann es von Neuem zwischen zwei Systemen wählen: es kann sich durch die freien Regierungen inspiriren lassen, welche zur rechten Zeit Concessionen zu machen verstehen, oder dem Beispiel der Bourbonen folgen, welche gefallen sind, weil sie gegen den Strom schwimmen wollten. (Unterbrechung.) Ja es kann einen Schritt vor, oder einen Schritt rückwärts thun. An ihm ist die Wahl. Aber ist das Gesetz, was Sie uns vorlegen, ein Fortschritt? Garnier-Pagès beweist nun, daß der Status quo besser ist, als der Zustand, welchen das neue Gesetz schaffen muß, und sagt dann schließlch: „Ich sage noch, alle Regierungen leben von Concessionen. Sie fallen durch die Weigerung, welche sie den Forderungen der öffentlichen Meinung entgegenstellen. Ihr Gesetz, ich erkläre es, ist eine Falle, die Sie gegen Ihren Willen und in dem guten Glauben, einen Schritt nach vornwärts zu thun, den Wählern stellen. Ich werde also gegen das Gesetz votiren, wenn es nicht bedeutend modificirt wird.“

Amerika.

New-York, 27. Februar. [Zum Proceß gegen Johnson] schreibt die „Newporter Handelszeitung“: Am Montag empfing der Senat die Ankündigung vom Präsidenten, daß derselbe den Senator Ewing für den Posten des Kriegsministers nominire, sowie eine Botschaft, wodurch er sein Verfahren in der Affaire Stanton's zu rechtfertigen sucht. Er erklärt darin die Ueberzeugung, streng innerhalb seiner constitutionellen Befugnisse gehandelt und sogar die Tenure of office Bill nicht verlegt zu haben, da diese nur bestimme, daß Cabinetmitglieder ihr Amt, falls sie nicht unter Mitwirkung des Senats desselben entbunden würden, während der Amtsdauer des Präsidenten, der sie ernannte, und einen Monat darüber hinaus behalten sollten. Dies, behauptet er, könne sich nicht auf Stanton beziehen, welcher nicht von ihm, sondern von seinem Vorgänger angestellt sei. Uebrigens habe er die Suspendirung, wie die Absetzung Stanton's nur unter dem Einfluß strengsten Pflichtgefühls und mit der Absicht vorgenommen, den

Punkt durch die Gerichte entscheiden zu lassen. Diese doppelte Mittheilung darf dem Wunsch, einzulernen, zugeschrieben werden; aber sie konnte um so weniger Eindruck machen, als von wirklichem Nachgeben nicht die Rede war.

Das Haupt-Interesse aber wurzelte am Montag im Repräsentantenhause, wo unter feierlichem Ernst die Debatte über den Antrag des Reconstructiousauschusses fortgesetzt wurde. Die meisten und begabtesten Redner sprachen für den Antrag. Thaddeus Stevens verfuhr die Debatte zu schließen, brach aber dabei förmlich zusammen, und seine Rede mußte vom Secretär verlesen werden. Fünf Uhr Abends war die Stunde der Entscheidung. Unter lautloser Stille wurde die Abstimmung vorgenommen. Sie ergab die Annahme des Antrags mit 126 gegen 47 Stimmen. Die in dieser Angelegenheit bis dahin gespaltene republikanische Partei zeigte sich jetzt als compacte Einheit.

Andrew Johnson, Präsident der Vereinigten Staaten, ist also vom Repräsentantenhause im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten wegen schweren Vergehens und Vergehens unter Anklage gestellt worden. Der Modus ist nun folgender: Das Haus ernannt ein Comité, welches vor den Schranken des Senates erscheint, und den Beschluß ankündigt. Es wurden dazu Stevens und Bingham ernannt und diese entledigten sich am Dienstag ihres Auftrags. Zugleich wurde ein aus sieben Mitgliedern (Stevens, Bingham, Bontwell, Ward, Wilson, Longan und Julian) bestehendes Comité ernannt, um die Anklage-Artikel auszuarbeiten. Der Präsident des Senats ernannt ein Special-Comité, um mit dem des Repräsentantenhauses in Verbindung zu treten und dem Senat Bericht zu erstatten, (Howard, Trumbull, Conkling, Edmund, Pomeroy, Morton, Johnson,) worauf der Senat die Sache übernimmt und dem Hause dies notificirt. Der Sprecher des Repräsentantenhauses ernannt einen Ausschuss, welcher dem Senat die Anklageacte zu überbringen und die gerichtliche Verfolgung zu leiten hat. Der Senat beschließt alsdann die Zeit, in welcher er sich als Anklagehof constituiren will. Jeder Senator verpflichtet sich eidlich, ein unparteiischer Richter zu sein. Der Ausschuss des Hauses erscheint vor dem in einen Gerichtshof verwandelten Senat und erhebt förmlich und feierlich die Anklage. Dem Angeklagten wird die Vorladung zugesandt. Es ist nicht notwendig, daß er persönlich erscheine. Am Tage der Verhandlung begiebt sich das Repräsentantenhaus in corpore als Ankläger in den Senatsaal, und es beginnt die Verhandlung gerade so, wie vor jedem anderen Gerichtshofe. Der Oberrichter Chase präsident. Bei der Abstimmung wird jeder Senator namentlich aufgerufen und muß laut mit „Schuldig“ oder „Nichtschuldig“ antworten. Zwei Drittel sind zur Verurtheilung erforderlich; diese aber hat die sofortige Absetzung des Verurtheilten und seine Unfähigkeit, jemals wieder ein Amt in den Vereinigten Staaten zu bekleiden, zur Folge.

Es ist eine große Wahrscheinlichkeit für Johnson's Verurtheilung vorhanden. Es wird alsdann der Präsident des Senats, Benjamin Wade, sein Nachfolger. Daß es so weit kommen mußte, ist betäubend; aber unter obwaltenden Umständen muß man sich dennoch darüber freuen, daß die Sache endlich zur Entscheidung kommt. Möge man sich jetzt nicht durch Kundgebungen der Parteiwuth beirren lassen. Die Sache wird einen friedlichen, wenn auch nicht ruhigen Verlauf nehmen, und durch die Fähigkeit, auch diese Prüfung noch zu ertragen, wird die Republik der Welt das allererhabenste Beispiel bieten.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 17. März. [Bettelei.] In der Zeit vom 9. bis 15. d. M. sind hierorts 32 Personen durch Polizeibeamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Int.-Bl.)

M. Breslau, 16. März. [Schleisches Alterthümer-Museum.] Herr Rector Dr. Luchs sprach über das aus der Kreuzkirche zu Breslau stammende, jetzt im Besitz des Hrn. Regierungs-Raths Rante in Berlin befindliche mittelalterliche Altarwerk. Er beschrieb die Bilder, sprach über die Unmöglichkeit, sich die Anordnung des Altars zu denken, Charakterisirte den Maler nach Farbe, Zeichnung, Composition und Gefühl, und kam, indem er auf die gleichartigen drei hiesigen Bilder (dem alten Dombilde in der vorderen Sacristei des Doms, der Bieta in der Manjorianen-Kapelle daselbst, und den Ecce homo in der Kanzel der Kreuzkirche) und auf die Inschriften hinwies, zu dem Schlusse, daß die Bilder möglicherweise von einem schleischen Schüler des älteren Rogier van der Weiden herrührten. Sicher sei jedoch nur das Alter, daß sie nämlich aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stammten. — Nachdem der Vortragende noch ein Siegel mit der Umschrift S + ECHELINI + DE + GLAZO, sowie eine abgepaßte Inschrift aus der inneren Ursulinerkirche hieselbst, nach welcher ein historischer Irrthum berichtigt wird, vorgezeigt, theilt derselbe mit, daß das Westportal der Pfarrkirche zu Zauer in Wegfall kommen und durch ein neues ersetzt werden soll. Die Anwesenden beschließen, um ein aus dem Jahre 1443 stammendes Schlosserwerk an der Thür zu retten, den Magistrat daselbst um sorgfältige Aufbewahrung zu eruchen. — Herr Meßner Knoblich zeigte zwei sehr merkwürdige Zinnteller, welche dem Kloster der Elisabethinerinnen und der verwitweten Frau Rittmeister v. Lubowig gehören. Jeder derselben zeigt im Mittelpunkte auf dem Boden den Kaiser zu Kasse, auf dem einen Ferdinand III. und auf dem andern Rudolph II., beide aus der Zeit des 30jährigen Krieges. Am Rande folgen, von Fruchtbündeln oder Löwenköpfen getrennt, Medaillons mit den Bildnissen der Kurfürsten und ihren Wappen.

§ Striegau, 15. März. [Ein bedauerliches Unglück] hat sich gestern hier ereignet. Als nämlich Abends nach 6 Uhr die Güterzüge auf hiesigem Bahnhofs eintrafen, erwartete der Wagenschreiber Goldbach den von Königszelt anlangenden Zug und hatte denselben im Auge, um Wagen von demselben abz. oder anzuhängen. Hierbei hatte er sich dem Gleise, auf welchem der Liegnitzer Zug angekommen mußte, bis auf wenige Zoll genähert. Letzterer kam auch, ohne von Goldbach bemerkt zu werden, an die Locomotive deselben ergaß den Unglücklichen, warf ihn auf eine Schiene und tödtete ihn augenblicklich. Vom rechten Beine wurde ihm der Fuß ab- sowie daselbst Bein unterhalb des Knie's entzwei gefahren, der Brustkasten und der rechte Arm zertrümmert, sowie die rechte Seite des Kopfes zertrümmert. Wahrscheinlich hat der Unglückliche bei dem großen Getöse des Königszelt's Zuges das Raden des Liegnitzer nicht gehört. Mehrere Arbeiter, welche in einiger Entfernung von Goldbach standen, riefen zwar, wurden aber wahrscheinlich nicht gehört, und mußten nun mit eigenen Augen das entsetzliche Schauspiel des Abertns eines ihrer Mitarbeiter mit ansehen. Der Verunglückte ist zwar verheiratet, hat aber glücklicher Weise keine Kinder.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 5 columns: Barometerstand bei 0 Grad, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Rows for Breslau, 16. März 10 U. Ab. and 17. März 6 U. Ab.

Breslau, 17. März. [Wasserstand.] D. P. 17 F. 3. U. P. 5 F. 4. 3.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolffschen Telegraphen-Bureau. London, 16. März. Aus New-York vom 5. d. wird gemeldet: Die republikanische Convention von Ohio und die demokratische Convention von Pennsylvania befürworteten die Zahlung der Staatsschulden in Papier.

Kopenhagen, 16. März. Der Probst Hansen ist zum Cultusminister ernannt worden.

Paris, 16. März, Abends. Die Legislative nahm die Artikel 2-7 des Vereinsgesetzes an und verwarf die Amendements.

London, 16. März, Nachts. Unterhaus. Disraeli erklärt, die abyssinische Expedition kostete bisher 4 1/2 Millionen Pfund. Maguire zieht seine Resolution zurück. Gladstone greift das Ministerium auf das bestigste an und prognosticirt ein Mißtrauensvotum, falls Disraeli die Regierungsvorschläge, welche völlig unzureichend seien, nicht bedeutend ändere. Disraeli verteidigt sich und erklärt, er wolle die irische Staatskirche erhalten. Schluß der Debatte.

Brüssel, 14. März. Die Centralsection der Deputiertenkammer schlägt vor, zur Abhilfe der bedenklichen Arbeitskrisis, welche durch die Betriebsstörung der Kohlen- und Metallbergwerke hervorgerufen worden, die Summe von 500,000 Francs für öffentliche Arbeiten im Bergwerksdistrict von Charleroi zu bewilligen. (T. B. f. N.)

Saag, 15. März. Das orangefarbene Buch wird morgen in den Kammern zur Vertheilung kommen. Es wird durch dasselbe constituir, daß die europäischen Mächte das Cabinet von Juslyn zu der Stellung, welche es in der luxemburgischen Frage eingenommen, beglückwünscht haben. Graf Bismarck telegraphirt u. A.: „Sie retten den europäischen Frieden!“ Aus derselben Depesche geht hervor, daß zuerst Preußen die Demolirung der Festung Luxemburg verlangt habe. Die in dem Buche enthaltenen diplomatischen Actenstücke werden voraussichtlich das gegenwärtige holländische Cabinet in seiner Stellung befestigen. (T. B. f. N.)

St. Petersburg, 15. März. Die Kaiserin wird gesundheitshalber den Sommer in Moskau zubringen. Auf den 2. Mai ist eine außerordentliche General-Versammlung der „Großen Eisenbahn-Gesellschaft“ berufen, um über die Frage wegen Antrags der Nikolaibahn zu entscheiden.

Die Rechnungslegung des Finanzministers über das Finanzjahr 1866 führt aus, daß von 600,000 Stüd Obligationen der Nikolaibahn noch 232,452 zum Verkauf für Rechnung der Regierung übrig geblieben. Im 1867 wies die Rubrik des Staatsschatzes 216 Millionen Rubel auf. Bis zum Januar 1868 wurden Creditbilletts zum Belauf von 23 Millionen ausgegeben, während die Summe der in 1866 ausgegebenen Creditbilletts sich von 38 auf 33 Millionen Rubel reducirt. Im Beginn des Finanzjahres 1867 belief sich die Staatsschuld auf 36,790,500 Rbl. St., 104 Millionen Gulden (holländisch) und 617 Millionen Rubel. (T. B. f. N.)

Plymouth, 15. März. Die zu Valparaiso vor Anker gegangenen peruanischen Panzerfahrzeuge haben die chilenischen Gewässer wieder verlassen. Die Wiederholung einer spanischen Invasion wurde nicht länger befürchtet. Mittheilungen aus Lima zufolge gelangt es der neuen Regierung von Peru, ihr Ansehen fester zu begründen.

Die Post aus Central-America meldet von Erdbeben in San Salvador. Gleiches vernimmt man von St. Thomas, wo auch die Cholera noch sporadisch auftritt. (T. B. f. N.)

Washington, 5. März. Chase hat, als er dem Senate seine Bereitwilligkeit erklärte, das Präsidium bei dem Anklage-Verfahren gegen Johnson zu übernehmen, zugleich seine Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß der Senat die Anklage-Artikel entgegengenommen, bevor er sich als Gerichtshof organisirt habe.

Die republikanische Convention des Staates Ohio hat eine Resolution angenommen, welche sich zu Gunsten der Candidatur Grant's für die Präsidentschaft und für Wade's Wahl zum Vicepräsidenten ausdrückt. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 16. März, Nachm. 3 Uhr. Fests. Consols vom Mittags 1 Uhr waren 93 1/2 gemeldet. Schluß-Course: 5proc. Rente 69, 07 1/2. Italien. 5proc. Rente —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 553, 75. Credit-Mobil. Actien 250, 00. Lombard. Eisenb.-Actien 381, 25. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. 200. —. 5proc. Verein.-Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 81 1/2.

Paris, 16. März, Nachm. 3 Uhr. Schluß-Course: Italienische 5% Rente hausse 47, 15. Oesterr. Anleihe von 1865 358, 75. Br. Liquidation Credit-Mob. 250, 00. Ital. Rente 47, 20. Staatsbahn 551, 25. Lombarden 382, 50.

London, 16. März, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93. 5proc. Spanier 35 1/2. Italien. 5proc. Rente 46 1/2. Lombarden 15 1/2. Americaner 16. 5proc. Russen 83 1/2. Neue Russen 84 1/2. Silber 80 1/2. Türk. Anleihe von 1865 33 1/2. 5proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 72 1/2.

Frankfurt a. M., 16. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 102. Oesterr. National-Anl. 54 1/2. -6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75 1/2. Hessische Ludwigsbahn 132 1/2. Baiersche Prämien-Anleihe 98 1/2. 1864er Loose 63 1/2. 1860er Loose 72. 1864er Loose 86 1/2. Jemlich fest. Mediaabrechnung schwierig schließend.

Wien, 16. März. [Abends-Börse.] Credit-Actien 190, 80. Staatsbahn 255, 30. 1860er Loose 83, 30. 1864er Loose 85, 00. Nordbahn —. Galizier 205, —. Lombarden 173, —. Napoleons'or 9, 31. Güntig.

Hamburg, 16. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84 1/2. National-Anleihe 56 1/2. Oesterr. Credit-Actien 82 1/2. Oesterr. Credit 1860er Loose 71 1/2. Staatsbahn 547 1/2. Lombarden 368 1/2. Italien. Rente 45 1/2. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119 1/2. Rhein. Bahn 118 1/2. Nordbahn 96 1/2. Altona-Riel 117. Finnländische Anleihe 80. 1864er Russische Prämien-Anleihe 98 1/2. 1866er Russische Prämien-Anleihe 100. 5proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68 1/2. Disconto 2 1/2 pCt. —. Fester, österreichische Effecten sehr angenehm.

Hamburg, 16. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] sehr still. Weizen und Roggen auf Termine matt und sehr beschränkt. Weizen pr. März 5400 Rfd. netto 178 Bantothaler Br., 177 Gld., pr. März-April 178 Br., 177 Gld., pr. Frühjahr 177 1/2 Br., 177 Gld. Roggen pr. März 5000 Rfd. Brutto 137 Br., 136 Gld., pr. März-April 135 Br., 134 Gld., pr. Frühjahr 135 Br., 134 Gld. Hafer stille. Rüböl matt, loco 23 1/2, per Mai 23 1/2, per October 24. Spiritus sehr stille. Kaffee sehr fest. Zink becheiter. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 16. März, Mittags. Baumwolle: 12-15,000 Ballen Umsatz. Bolle Preise. New-Orleans 10 1/2. Georgia 10 1/2. Fair Dholerab 8 1/2. Middling fair Dholerab 8 1/2. Good middling Dholerab 8 1/2. Bengal 7 1/2. Good fair Bengal 8 1/2. Fine Bengal —. New fair Domra 8 1/2. Good fair Domra —. Bernam 10 1/2. Ceylonsische 11 1/2. Smyrna —. Orleans schwimmend 10 1/2. Savannah —. Schwimmende Mobile —. Amerikaner schwimmend —. Domra Märzverschiffung —.

Antwerpen, 16. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Fests. Raffin., Type weiß, loco 43 à 43 1/2 bez., 43 1/2 Br.

Bremen, 16. März. Petroleum. Standard white, loco 5 1/2.

New-York, 16. März, Abends 6 Uhr. (Per atlant. Kabel.) Wechsel auf London in Gold 109 1/2. Gold-Agio 39 1/2. Bonds 1882er 110 1/2. Bonds 1885er 108 1/2. Bonds 1904er 101 1/2. Illinois 138. Erie 68 aufgeregt. Baumwolle 25 1/2. Petroleum 25 1/2. Mehl 10, 45.

Savannah, 16. März. (Per atlant. Kabel.) Zucker 7 1/2-7 1/4. Wechsel-cours auf London 109-109 1/2 Prämie.

London, 16. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 19,758, Gerste 11,217, Hafer 19,731 Quarters. Weizen englischer schleppend, in fremdem nur Detailgeschäft, Preise gegen vergangenen Montag unverändert. Mais zu äußersten letzten Preisen gefragt. Hafer schleppend. Für Mehl beschränkte Frage. Leinöl ab Hull loco 33 1/2. — Feuchtes Wetter.

Amsterdam, 16. März, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen stille, auf Termine flau, pr. März 298 1/2, pr. Mai 302 1/2, pr. Juni 298 1/2, pr. Juli 285 1/2. Raps pr. April 69 1/2. Rüböl pr. Mai 36 1/2, pr. November-Dechr. 37.

Berlin, 16. März. Bei eingeschränkter Geschäftslust wirtten die günstigen auswärtigen Notirungen nur im Allgemeinen befestigend, aber sonst nicht anregend. Von Lombarden wie Franzosen gingen allerdings ziemlich Summen um, indeß blieben die Umsätze gegen sonst doch zurück, die Course richtung war steigend und beträgt die Erhöhung ungefähr 1 Thlr. Für österr. Credit ist Wien thätig, die Geschäftsabläufe der Bank begeben den günstigsten Voraussetzungen und werden nicht als solche, sondern wie That-sachen behandelt. Der Course stieg auch hier um fast mehr als 1 pCt. bei mäßigen Umsätzen; Westbahn und Galizier waren niedriger; von österr.

Fonds zogen besonders 1854er und Creditloose an; 1860er waren weniger als bisher beachtet, doch besserten auch sie ihren Course. Italiener fanden mäßige Beachtung, man legte willig bis zu Schluß 1/2 mehr als Sonntags dafür an, zuletzt war eher über Notiz dafür zu machen. Von russischen Fonds wogen die 5te Stieglitz und 1862er Anl., dagegen hoben sich die Prämien-Anl. weiterhin beträchtlich, Poln. Liquid.-Pfundbriefe nahmen mehr und mehr ab. Amerikaner waren recht fest, aber nicht eben erhöht. Von russischen Prioritäten fand Hias. Kozlow Frage, preuß. Prioritäten und Stammprioritäten waren ebenfalls in guter Haltung, namentlich stiegen Maistrichter abermals, Märktich-Bosener, Rechte Oder-User-Stamm-Priorität, 3 1/2 pCt. Bergische Prioritäten zeigten sich besonders beliebt, auch 5pCt. Österr. Prioritäten. Von Eisenbahnen traten Mainzer, 1/2 erhöht und Rheinische, etwas billiger, in den Vordergrund, Anhalter und Ober-Schlesische B. zogen an; Medlenburger wegen der Dividende, die nur 2 1/2 pCt. betragen soll, wichen, auch Zweigbahn wurde billiger offerirt, Oberschlesische A. u. C. ohne Leben, Nordbahn gedrückt. Von Bantzen zogen Darmstädter abermals bei regem Verkehr an, auch Disc.-Comm., Geraer, Bremer, Hannoverische, Weimariische, Luremburger stellten sich höher, Genfer und Preuß. Bant drückten sich und blieben besonders erstere vernachlässigt. Preuss. Anleihen in mäßiger Vertheil. 5proc. profitirte 1/2 pCt. — Prämie für Amerikaner pr. ult. 76-1/2 bez., pr. ult. April 76 1/2-1/4 bez. (B. u. S. 3.)

[Breslauer Börse vom 17. März.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.). Ausfisch Papiergeld 83 1/2-1/4 bez. u. Gld. Oesterr. Bantnoten 87 1/2-88 bez. Schlef. Renten-briefe 91 1/2 bez. Schlef. Pfandbriefe 83 1/2 Br. Oesterr. National-Anleihe 56 1/2 Br. Freiburger 120 1/2 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. u. C. 187 1/2 bez. u. Br. Wilhelmshafen 85 1/2 bez. u. Br. Oepeln-Tarnowitzer 75 1/2-1/4 bez. Oesterr. Creditbank-Actien 83 Br. Schlef. Bant-Berein 111 1/2 Gld. 1860er Loose 73 Br. Amerikaner 75-1/2 bez. Warshaw-Wiener 58 1/2 Br. Minerwa 36 1/2-1/4 bez. Baiersche Anleihe —. Italiener 46 1/2 bez.

Breslau, 17. März. Preise der Cerealien.

Table with 2 columns: Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen, fein mittel ordin. Weizen, weißer 120-122 117 111-113 Gerste, 65-68 63 58-60 etc. gelber, 117-119 114 109-111 Hafer, 42-43 41 39-40 etc.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl — Ctr. Rüböl. 10,000 Art. Spiritus. — Ctr. Leinölchen. — Ctr. Hafer.

Berliner Börse vom 16. März 1868.

Table with 2 columns: Fonds und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien. Includes entries like Freiw. Staats-Anl., Staats-Anl. von 1859, Aachen-Mastrieh, Amsterdam, etc.

Bank- und Industrie-Papiere.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papiere. Includes entries like Berg. Märkische, Oest. Met. Allg., etc.

Berlin, 16. März. Weizen loco 90-110 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität bez. — Roggen loco 76-78 Pfd. 78 Thlr. pr. 2000 Pfd. frei Mühle bez. — Rüböl loco 10 1/2 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 20 Thlr. bez., pro März und März-April 20 Thlr. Br., 19 1/2 Thlr. Gld., März-Juni 20 1/2-1/4 Thlr. bez., Juni-Juli 20 1/2-1/4 Thlr. bez., Juli-Aug. 20 1/2-1/4 Thlr. bez.

Breslau, 17. März. Wir haben auch vom heutigen Markte bei sehr rubigem Geschäftsverkehr wenig Verändertes zu berichten. Weizen in fester Haltung, pr. 84 Pfund schleppender weißer 107-120 Sgr., gelber 106-119 Sgr., feinste Sorte 2-3 Sgr. über Notiz bez. — Roggen in feiner Waare becheit, pr. 84 Pfd. 88-92 Sgr., feinste Sorte 93 Sgr. bezahl. Gerste mehr offerirt, pr. 74 Pfd. gelbe 58-60 Sgr., helle 62-64 Sgr., weiße 66-68 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahl. — Hafer flau, pr. 50 Pfund 39-41-43 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahl. — Erbsen reichlich offerirt. — Wicken blieben angeboten, pr. 90 Pfd. 64-69 Sgr. — Delfaaten wenig zugeführt. — Lupinen nur in blauer Waare beachtet, pr. 90 Pfund gelbe 42-46 Sgr., blaue 44-50 Sgr. — Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. 94-106 Sgr. — Schlaglein in fester Haltung. — Rapsstuchen becheit, schlesische 63-65 Sgr., fremde 58-60 Sgr. pr. Centner. — Mais (Ruhruz) 82-87 Sgr. pr. Ctr. Kleijaat ohne wesentliche Aenderung, rotte besonders in feiner Waare gut beachtet, 10 1/2-12 1/2-14 1/2 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — Thymothee angeboten, 7-8 1/2 Thlr. pr. Ctr. Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. 30-42 Sgr., Mehe 1 1/2-2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Warts u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.